Mitteilungsblatt

VVN-BdA Niedersachsen • Rolandstr. 16 • 30161 Hannover • Tel. 0511-331136

Rotenburg:

"Datenschutz" geht vor Entschädigung

Im November 2000 begannen wir damit, etwas über die sog. "Kinderverwahranstalt" in Riekenbostel (Landkreis Rotenburg) herauszufinden. Die "Kinderverwahranstalt" existierte von Mitte 1944 bis Kriegsende. Sie war für ca. 80 Kinder und Säuglinge von Zwangsarbeiterinnen ausgelegt. Aufgrund unterlassener medizinisch-hygienischer Versorgung und Untererernährung starben viele von den Kindern.

Damit den Müttern eine Möglichkeit zur Einforderung von Entschädigungsleistungen gegeben werden kann, fragten wir im Februar 2001 beim Standesamt der Gemeinde Bothel, die für das Dorf Riekenbostel zuständig ist, nach Namen und Daten der dort verstorbenen Kinder.

Die Gemeinde verwies die Entscheidung zur Herausgabe der Daten an das Amtsgericht Verden. Das kam für uns sehr überraschend. Da man weiß, das Gerichtsentscheidungen mit Kosten verbunden sind, hätten wir natürlich versucht, das Ganze abzuwenden. Vor vollendete Tatsachen gestellt, schrieben wir für das Gericht eine Begründung, weswegen wir die Daten haben wollten und was wir damit zu gedenken.

Im Juni 2001 entschied das Amtsgericht Verden, dass die Daten nicht an uns herausgegeben werden, weil aufgrund § 61 des Personenstandsgesetzes nur Behörden und Personen, auf die sich die Daten beziehen, Einsicht in Personenstandsbücher nehmen dürfen. Ausnahmen gäbe es nur, wenn ein rechtliches Interesse glaubhaft gemacht werden könne. Die VVN-BdA trage ihr Interesselage vor, ohne mit den Betroffenen Rücksprache getroffen zu haben.

Außerdem gäbe es eine "umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit" für die betroffenen Frauen bzw. deren Kinder, die sich in ihren jeweiligen Ländern an die dafür zuständigen Stellen wenden könnten.

Der Geschäftswert wurde auf 3000 DM festgesetzt.

Als juristische Laien war das zunächst ein kleiner Schock für uns, weil da drunter stand: "Der Antragsteller trägt die Gerichtskosten" und wir dachten, dass da Kosten auf uns zukämen, die das Konto der Kreisvereinigung doch arg strapazieren würden.

Nach Rücksprache mit Menschen, die schon etwas Erfahrung mit Gerichten hatten, wurde uns klar, dass Geschäftswert und Gerichtskosten nicht dasselbe sind, die betrugen nämlich "nur" 20 DM, wurden aber im Gerichtsbeschluss nicht aufgeführt.

Wir finden, 20 DM für ein Verfahren bezahlen zu müssen, dass von uns weder gefordert worden war, noch mit dem wir gerechnet hatten, sind 20 DM zuviel. Vor allem, wenn man daran denkt, dass es um Hilfe zum Erhalt von Entschädigungszahlungen geht, ist die Gerichtsbegründung, dass wir keine Rücksprache mit den Betroffenen über

Die Herausgabe ihrer Daten gehalten hätten, relativ sinnfrei, denn wenn wir die Daten der Betroffen hätten, bräuchten wir sie nicht zu erfragen...

Wennigsen:

Neofaschismus-Ausstellung gezeigt

In Wennigsen (bei Hannover) wurde im Januar die Neofaschismus-Ausstellung der VVN-BdA gezeigt. Hier ein paar Auszüge aus der Berichterstattung der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 14.1.02

"Faschismus ist kein (Rand)-Gruppen-Problem, sondern kommt aus der Mitte der Gesellschaft". (...) Organisator ist die Antifaschistische Aktion Wennigsen (Antifa).

Etwa 60 Zuhörer kamen zur Eröffnung in das Neue Forum und hörten anschließend dem Vortrag von Gastredner Peter Gingold, Bundessprecher der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) zu, der unter anderem vor einem Wiederaufflammen rechter Strömungen in Deutschland warnte.(...)

In seiner Einführungsrede zeigte sich Organisator Hartmut Rahmer von der Antifa Wennigsen enttäuscht, dass die Gemeindeverwaltung es abgelehnt habe, die Ausstellung im öffentlichkeitswirksameren Bürgersaal im Gemeindezentrum zu präsentieren. (...)

Als Ausweichort schlug die Verwaltung das Neue Forum vor. Bei KGS-Schulleiter Uwe Riemer stieß die Neofaschismus-Ausstellung auf fruchtbaren Boden, passe sie doch in das Jahresmotto der KGS "Schule gegen Gewalt", wie er in seiner Rede unter anderem ausführte.

Die Antifa Wennigsen hat nach eigenen Angaben faschistische Strömungen auch am Deister ausgemacht, deswegen sei es wichtig, diese Ausstellung hier vor Ort zu zeigen.(...)

Wolfsburg:

VVN-BdA Wolfsburg solidarisch mit Flüchtlingen

In Wolfsburg fand im September letzten Jahres wie in anderen Städten die "Interkulturelle Woche" statt, die diesmal unter dem Motto "Rassismus erkennen – Farbe bekennen" stand.

Die im offiziellen Programm der Stadt angekündigte Veranstaltung der VVN-BdA "Leben am Rand – Flüchtlinge in Wolfsburg erzählen vom alltäglichen Rassismus" griff dieses Motto direkt auf und ließ die Flüchtlinge selbst zu Wort kommen. In der gut besuchten Veranstaltung – mehr als 50 Besucher, davon ca. die Hälfte Flüchtlinge, meist aus Afrika – berichteten die Asylsuchenden von den alltäglichen Diskriminierungen, vom versteckten bis zum offenen Rassismus, dem sie ständig ausgesetzt sind. Doch Gefahr droht nicht nur von Stiefel-Faschisten und "normalen" Rassisten, denn, so ein Flüchtling aus Nigeria: "Es sind die Regierung und die Behörden, die uns Flüchtlinge als Fremde, manchmal sogar als Feinde ansehen, die man vertreiben möchte." Deswegen die Unterbringung in Sammelunterkünften, die ständigen verdachtsunabhängigen Kontrollen, die Residenzpflicht und die entwürdigende Gutscheinregelung.

Besonders diese Ausgabe von Wergutscheinen statt Bargeld diskriminiert die Flüchtlinge täglich und schränkt ihren Lebensalltag erheblich ein. Denn allein mit dem monatlichen Taschengeld (Erwachsene 80,-/Kinder 40,- DM) ist es unmöglich, seine Rechte z.B. mit einem Anwalt durchzusetzen und soziale Kontakte zur Gesellschaft außerhalb der Asylheime zu knüpfen. Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) überlässt es Ländern, ihre Städte auf das Sachleistungsprinzip oder die Bargeldauszahlung festzulegen. Die Anwesenden verabschiedeten deshalb eine Resolution mit mehr als 40 Unterschriften an den Wolfsburger Stadtrat, einen Beschluss zu fassen, der die nds. Landesregierung auffordert, "den Runderlaß zur Durchführung des AsylbLG so zu verändern, dass eine Bargeldauszahlung anstelle der Vergabe von Wertgutscheinen möglich wird und eine Initiative zur bundesweiten Abschaffung des Sachleistungsprinzips in Gang zu bringen". Die Resolution wurde auch den örtlichen SPD-Landtagsabgeordneten zugestellt.

Am Schluss der Veranstaltung wurde unter den Anwesenden und durch eine weitere Spende eines VVN-Mitglieds 290,- DM gesammelt, um Flüchtlingen aus Wolfsburger Asylheimen die Teilnahme an der bundesweiten Demonstration in Berlin am 29.9.01 gegen die rassistischen Gesetzentwürfe Schilys ("Sicherheitspakete") zu ermöglichen. Daran haben dann auch knapp 50 Flüchtlinge und VVN-Mitglieder aus Wolfsburg mit unserer Fahne (siehe Bild) teilgenommen. Diese Veranstaltung in der "Interkulturelle Woche", über die auch in beiden örtlichen Zeitungen Artikel erschienen sind, und eine kontinuierliche Flüchtlingsarbeit haben das Ansehen der VVN/BdA unter fortschrittlichen Menschen hier in Wolfsburg positiv beeinflusst.

Rotenburg:

Vortrag über die Stille Hilfe

Am 28.11 2001 hatten wir die Journalistin und Buchautorin Andrea Röpke sowie Michael Quelle als Referenten im Auditorium der VHS Rotenburg/Wümme zu Gast. Die beiden hielten einen fast Zweistündigen Vortrag über die Stille Hilfe.

"Die Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte" agiert seit ca. 50 Jahren als scheinbar harmlose Betreuungsorganisation für NS-Kriegsverbrecher. Tatsächlich ist sie aber fest im braunen Netzwerk verankert und verfügt somit auch über beste Kontakte zur heutigen Generation von Neofaschisten.

Andrea Röpke las einige Passagen aus ihrem Buch "Stille Hilfe für braune Kameraden", das im Ch. Links Verlag erschienen ist. Der spannende Vortrag wurde durch einige Videoeinspielungen ergänzt. Michael hatte als Schwerpunkt Rotenburg ausgewählt, da die Stille Hilfe hier ihren Vereinssitz hatte und er seinerzeit an der Recherche über sie beteiligt war, die letztendlich zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit geführt hat.

Trotz der Tatsache, dass sich an diesem Abend nur ca. 30 Zuhörer einfanden, möchten wir diese fesselnde Veranstaltung weiterempfehlen.

Einige Artikel über die Stille Hilfe können über unsere Homepage abgerufen werden.

Mitteilungsblatt -
Beilage zur antifa-rundschau.
Hrsg. VVN-BdA, LV Niedersachsen,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover.
ViSdP.: S. Hölzer

Rotenburg:

Konservativer Rollback beim Rotenburger Heimatbund?

Die "Rotenburger Schriften" sind das Jahrbuch für den Landkreis Rotenburg Wümme. Sie berichten über Lokalgeschichte, Heimatforschung, Niederdeutsche Sprache usw. und werden vom Heimatbund Rotenburg herausgebracht. In Ausgabe 87/2000 (Frühjahr 2001) wurde unter der Überschrift "Die Jahre 45-50 im Altkreis Rotenburg- Ergebnisse einer Befragung ältere Mitbürger" auch über das Schicksal der jüdischen Familie Cohn (mit "C", nicht wie in den Schriften mit "K" geschrieben) berichtet.

Das Fatale daran: Die Wiedergabe stimmte nicht mit den Tatsachen überein. Dieses wurde aber an keiner Stelle erwähnt, obwohl die Geschichte der Cohns spätestens Ende der 80er Jahre bekannt ist und letztendlich auch zur Errichtung eines Mahnmals vor dem Rotenburger Rathaus geführt hat. Dieser Vorfall sorgte nach bekannt werden für einigen Wirbel in der Rotenburger Lokalpresse.

Frau Sigrid Peters, eine ehemalige Lehrerin und Rotenburger Bürgerin erklärte sich auf mündliche Anfrage von Herrn Dr. Breitschuh (Heimatbund) dazu bereit, einen kurzen Aufsatz für die nächste Ausgabe der Rotenburger Schriften zu schreiben. Der Heimatbund lehnte im Herbst 2001 unter fadenscheiniger Begründung den Abdruck des Aufsatzes ab.

Dieses skandalöse Verhalten des Heimatbundes veranlasste die VVN-BdA Rotenburg-Verden dazu, sich mit einem offenen Brief an die Lokalpresse zu wenden, in dem u.a. der Abdruck des Aufsatzes gefordert wird.

Inzwischen haben sich der Bürgermeister (CDU), die Grünen und die SPD zu dem Thema positioniert und Kritik an der Haltung des Heimatbundes geäußert. Die SPD forderte sogar, die Zuschüsse für den Heimatbund einzufrieren, zog den Antrag aber gleich wieder zurück, als die CDU versicherte, in den nächsten Rotenburger Schriften würde eine Richtigstellung erscheinen...

Auf unserer Homepage www.rotenburg-verden.vvn-bda.de haben wir unter der Rubrik "Geschichtsaufarbeitung" den kompletten Aufsatz von Frau Peters veröffentlicht. Dort können auch Artikel aus der taz, dem Blick nach rechts, der Jungle World sowie der Lokalpresse zum Thema eingesehen werden.

Celle:

Jahrestag der Reichpogromnacht

Gemeinsam mit dem Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus erinnerte die VVN-BdA Kreisverband Celle an die Pogromnacht vom 9. November 1938.

Dieser 9. November 38 darf niemals in Vergessenheit geraten. Für viele Geschäftsleute und Einwohner wurde dieser Tag zum Tag des Grauens. Eine Kofferaktion in der Celler Innenstadt sollte an die Grausamkeit der Judenverfolgung erinnern. Der Leidensweg endete für viele jüdischen Einwohner fast immer im Konzentrationslager. Nur wenigen gelang es noch, sich rechtzeitig ins Ausland in Sicherheit zu bringen.

Mit alten Koffern, versehen mit einem gelben Stern, wurde an exemplarisch ausgesuchten ehemaligen jüdischen Häusern und Geschäften Mahnwache gehalten. Auf Plakaten konnte man lesen, welche jüdischen Bürger in der Zeit von 1936 bis zu ihrer Deportation dort gewohnt haben und welchen Leidensweg sie dann gehen mußten.

Dieser symbolische Weg führte uns dann gemeinsam zum Sammelplatz in die Stadtkirche. In einer interreligiösen Gedenkstunde mit Vertretern und Besuchern jüdischer, moslemischer, christlicher, buddhistischer Gemeinden und den Celler Yeziden wurde der Verfolgten unter dem Motto: „Erinnern an die Vergangenheit, handeln für die Gegenwart, Mut zum Zusammenleben, gemeinsam gegen Ausgrenzung" gedacht.

Ganz besonders kam in dieser Feierstunde zum Ausdruck, daß der 9. November ein Gedenktag an den nationalsozialistischen Völkermord ist und bleiben muß.

Margot Maßow

Aufsehen erregende Aktion am Jahrestag der Reichpogromnacht in Celle

Celle:

Fahrt zur Gedenkstätte für die Opfer der NS-Justiz in der JVA Wolfenbüttel

Nachdem die Wanderausstellung über die „Justiz im Nationalsozialismus" im Jahre 2001 in mehreren größeren Städten in Niedersachsen u. a. auch in Celle gezeigt worden war, saß die Erschütterung über die dokumentierten Verbrechen der Justiz zunächst sehr tief bei uns.

„Wer außerhalb der Volksgemeinschaft steht, steht auch nicht im Recht..." mit diesem und ähnlich schlichten Sprüchen legitimierten höchste Richter hohe Freiheitsstrafen und Tausende von Todesurteilen. Erschreckend für uns auch zu sehen, wie problemlos, ja teilweise mit Begeisterung sich die Justiz dem NS-System anschloss und nach ´45 ungeschoren davonkam.

Ein zentraler Ort für die Vollstreckung der mit dem Kriegsbeginn zunehmenden Todesurteile war in Niedersachsen die Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel. Insgesamt wurden hier mehr als 500 Hinrichtungen vorgenommen. Fast 45 Jahre dauerte es dann jedoch, bis sich das Land Niedersachsen 1990 erstmals der Vergangenheit stellte und eine Gedenkstätte in der ehemaligen Hinrichtungsstätte innerhalb der JVA einrichtete und gleichzeitig eine erste Dokumentation über die NS-Justiz zeigte.

Durch die diesjährige Wanderausstellung im Celler Oberlandesgericht angeregt, machte sich nun unsere Celler Gruppe am 20. Oktober auf den Weg nach Wolfenbüttel, um sich vor Ort genauer zu informieren.

Hier führte uns dann ein Mitarbeiter der JVA durch die Räumlichkeiten mit der seit 1999 erheblich erweiterten Ausstellung und zeigte uns ebenfalls auch die ehemalige Hinrichtungsstätte. Angesichts der vielen Menschen, die hier ihr Leben opfern mussten, kam doch eine gewisse Beklommenheit in uns auf, die auch so schnell nicht wich, selbst als sich anschließend wieder die Tore der JVA für uns öffneten.

Insgesamt lohnt der Weg nach Wolfenbüttel wegen der sehr informativen Ausstellung und der dort vorhandenen 20 biographischen Ordner, die über das Schicksal der Opfer, aber auch das Wirken der Täter (Staatsanwälte und Richter) Auskunft geben. Vergangenheit wird hier tatsächlich spürbar und greifbar.

Horst Stehr

Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen - 15.- 21.4.2002

Zum Internationalen Jugendworkcamp laden christliche und gewerkschaftliche Jugendverbände. 60 Jugendliche aus 6 Ländern pflegen bauliche Reste, machen Baracken und Lagergrenze des ehem. Kriegsgefangenenlagers und KZ symbolisch wieder erkennbar, sprechen mit Verfolgten des Faschismus und heute von Asylpolitik Betroffenen. Die Umgebung von Bergen-Belsen mit dem größten, bereits von den Nazis angelegten, Truppenübungsplatz und Mord und Anschläge von Neonazis in der Umgebung wird ebenso Thema sein wie Zwangsarbeit, Ausgrenzung und Militarismus.

Zum Jahrestag der Befreiung gestaltet das Jugendworkcamp gemeinsam mit anderen Gruppen am 21.4.02 - 13 Uhr - die öffentliche Gedenkfeier auf der Eisenbahnrampe bei Bergen und um 15.30 Uhr am Obelisk.

Die Teilnahme kostet Euro 50,- . Darin enthalten sind alle Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Aktivitäten und Programm. Die Woche ist **als Bildungsurlaub anerkannt**. Anreise: 15.4.02 abends **SchülerInnen haben gute Chancen für die Zeit vom Unterricht befreit zu werden**, zumal die niedersächsische Kultusministerin Schirmfrau des Workcamps ist.

Anmeldeschluß ist 12.3.02**.**

Die meisten internationalen Gäste treffen bereits am 12.402 ein, wobei für Jugendliche aus Deutschland noch einige Plätze frei sind.

Information und Anmeldung bei:

DGB-Gewerkschaftsjugend Niedersachsen-Bremen, H-D Charly Braun, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover, T. 0511-456252 oder T. 0511-1260161, Fax 0511-1260157

Termine

Hustedt: 11. - 15. 2. 2002 Bildungsurlaubsseminar: **„Terrorismus, Militärschläge - und was dann?"**

Informationen bei: Heimvolkshochschule Hustedt, Zur Jägerei 81, 29229 Celle, Tel. 05086 - 98970, Internet: www.hvhs-hustedt.de

Hannover: Ausstellung **„Anwalt ohne Recht - Justiz unter dem Hakenkreuz"**. bis 22.2.02 tägl. von 8.00 - 16 (donnerstags bis 19.30/freitags bis 13.00 Uhr) Foyer des Landgerichts, Volgersweg 65

Neuengamme: **„Verfolgung und Widerstand in Hamburg"** Führung durch die Gedenkstätte. Jeden Sonntag um 10.00 und 11.00 Uhr. Gedenkstätte Fuhlsbüttel, Suhrenkamp 98

Hannover: jeden 1. Montag im Monat **IGM-Senioren-Treffen** 10.00 - 12.00 Uhr, Freizeitheim Linden, Ricklinger Stadtweg 1, Raum 24